

ANFRAGE von Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), Tobias Langenegger (SP, Zürich) und Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach)

Betreffend Sozialhilfebezug und massiv höhere Stromtarife

In vielen Gemeinden ist schon Realität, was per 1. Januar 2024 auch die Haushalte im EKZ-Versorgungsgebiet trifft: Der Strom wird massiv teurer. Beim Hochtarif ist der Preisanstieg rund 40%, beim Niedertarif gar ganze 60%. 90 Franken pro Kopf und pro Jahr werden die Mehrkosten im Minimum betragen. Gutverdienende werden diese Erhöhung im Portemonnaie kaum bemerken. Wenigverdienende und Sozialhilfebeziehende hingegen werden es sehr empfindlich spüren, insbesondere auch, weil die Lebenshaltungskosten, die Mietzinse und nicht zuletzt die Krankenkassenprämien massiv, gemäss santésuisse-Direktorin Verena Nold 8%-9%, ansteigen werden.

Es sind die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und die dadurch drohende Energiemangellage, die dazu führten. Wegen der Termingeschäfte der EVU zeigt sich das volle Ausmass erst verzögert, und die erhöhten Kosten werden bestehen bleiben.

Im Behördenhandbuch des Kantons Zürich wird darauf hingewiesen, wie in den Sozialhilfebehörden mit der Erhöhung der Strompreise umgegangen werden soll. Übersteigt die Stromrechnung 4,7% des Grundbedarfs, soll die Differenz übernommen werden. Es ist uns keine Gemeinde bekannt, welche diese Empfehlung bis heute umgesetzt hat. Es erscheint uns sinnvoller, weiterhin die ortsabhängigen volatilen Strompreise zu berücksichtigen, bevor eine kantonale Strompauschale eingefordert wird.

Wir bitten den Regierungsrat darum um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie informiert das Kantonale Sozialamt die Gemeinden, insbesondere die Sozialhilfebehörden und ausführenden Stellen, über die im Behördenhandbuch formulierten Empfehlungen?
2. Hat das Kantonale Sozialamt in jüngster Zeit etwas dafür unternommen, dass die Empfehlung betreffend Strompreise in den Gemeinden beachtet wird?
3. Wie kann die Wirkung dieser Empfehlung erhöht werden?
4. Wie werden die Gemeinden unterstützt, um ihre Bevölkerung über Stromsparmöglichkeiten zu informieren? Hat der Kanton vor, demnächst eine Stromsparekampagne für die Bevölkerung zu machen?
5. Wie schätzt die Regierung die Belastung des unteren Mittelstandes durch die erhöhten Stromtarife und durch die erhöhten Krankenkassenprämien ein? Bzw. mit was für Risiken sieht sich diese Bevölkerungsgruppe nach Ansicht der Regierung dadurch konfrontiert?

Jeannette Büsser
Tobias Langenegger
Thomas Forrer